

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Mehr Sicherheit für Fernwärmekund:innen!

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Antrag aus Drucksache 21/1611 wird wie folgt geändert:

1. In Beschlusspunkt Nr. 1 wird nach den Wörtern „sich auf Bundesebene“ die Klammerung „(u. a. über eine Bundesratsinitiative)“ eingefügt.
2. Nach dem Beschlusspunkt Nr. 1 werden folgende neue Beschlusspunkte eingefügt:
„2. Der Senat setzt sich auf Bundesebene (u. a. über eine Bundesratsinitiative) bei den Förderungen des Bundes/Bundesprogrammen für folgende Erneuerungen ein:
 - a. Förderungen zum Fernwärmeanschluss und Wärmepumpenförderungen werden in ihrer Konkurrenzfähigkeit angeglichen.
 - b. Machbarkeitsstudien und Untersuchungen zu Fernwärmeerschließungsmöglichkeiten in Quartieren und Prüfgebieten sollen bei Förderungen (für Wohnungsbaugesellschaften, Netzbetreiber, Bürger-Initiativen etc.) einbezogen werden, sodass die Endverbraucher schneller Klarheit über (zukünftige) Anschlussmöglichkeiten haben.
 - c. Eine Förderung von nicht umlegbaren höheren Betriebskosten durch (frühere) Dekarbonisierung (für Eigentümer/Vermieter).
3. Auf Landesebene setzt sich der Senat für folgende Maßnahmen ein, um einen Fernwärmeanschluss von Eigentümern zu erleichtern:
 - a. Eine Prüfung, ob bestehende Förderinstrumente wie zur Förderung der Wärmepumpe auch für einen Fernwärmeanschluss angewandt werden können.
 - b. Genehmigungsprozesse, die mit dem Anschluss der Fernwärme zusammenhängen, werden vereinfacht und beschleunigt. Entsprechende Rechtsvorschriften werden vom Senat angepasst.
 - c. Bestehende Kampagnen werden in einer Weise ausgerichtet, sodass zielgruppenorientiert Haushalte mit mittleren Einkommen (bis 40.000€ Nettoeinkommen) in Stadt- und Ortsteilen mit benachteiligter Sozialstruktur (u.a. sog. Vermögensarme) ausgemacht, adressiert und bzgl. der Möglichkeiten beim Fernwärmeanschluss beraten werden können“
4. Der ursprüngliche Beschlusspunkt Nr. 2 wird zu Beschlusspunkt Nr. 5.

Begründung:

erfolgt mündlich.

Martin Michalik, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU